S. 139 / Nr. 44 Schuldbetreibungs- und Konkursrecht (d)

BGE 67 III 139

44. Entscheid vom 10. Oktober 1941 i. S. Morgenegg.

Seite: 139

Regeste:

Betreibung mehrerer Schuldner. Erfordernis der genauen Benennung jedes Schuldners und des auf jeden einzelnen entfallenden Forderungsbetrages. Art. 67 Ziff. 2 SchKG. Analoges Erfordernis für die Aufnahme einer Arrest- oder Retentionsurkunde. Art. 275/276, 283 SchKG. Unvollziehbarkeit eines gerichtlichen Urteils oder Rechtsöffnungsentscheides mangels Ausscheidung der auf die einzelnen Schuldner entfallenden Beträge. Art. 79/84 88 SchKG.

Einem Betreibungs- oder Retentionsbegehren gegen «Charles und Familie Morgenegg» kann demnach auch gegen Charles Morgenegg selbst nicht Folge gegeben werden, wenn der Betrag der ihn treffenden Verpflichtung nicht angegeben ist.

Poursuite contre plusieurs débiteurs. Nécessité de les désigner chacun par son nom et d'indiquer exactement le montant pour lequel chacun est poursuivi. Art. 67 ch. 2 et 3, art. 70 LP. Exigence analogue pour le procès-verbal de séquestre ou de prise d'inventaire. Art. 275/6, 283 LP. Un jugement ou une ordonnance de mainlevée qui ne précise pas la part de la dette qui incombe à chaque débiteur ne peut recevoir exécution. Art. 79-84, 88 LP.

En conséquence, l'office saisi d'une réquisition de poursuite ou de prise d'inventaire contre «Charles Morgenegg et famille» ne peut même pas lui donner suite contre Charles Morgenegg, lorsque le montant de l'obligation qui le vise n'est pas indiqué.

Esecuzione contro parecchi debitori. Necessità di designare ciascuno col suo nome e d'indicare esattamente l'importo pel quale ciascuno é escusso. Art. 67 cifre 2 e 3, art. 70 LEF. Analoga esigenza pel verbale di sequestro o di ritenzione. Art. 275/6, 283 LEF. Non si può eseguire una sentenza o un decreto di rigetto d'opposizione che non precisi la parte del debito che incombe a ciascun debitore. Art. 79-84, 88 LEF.

Ne segue che l'ufficio cui è stata presentata una domanda di esecuzione o d'inventario contro «Charles Morgenegg e famiglia», non può darle corso nemmeno contro Charles Morgenegg, se l'importo dell'obbligazione che lo concerne non è indicato.

A. - Die Darlehenskasse Tarasp hat gegen «§Charles und Familie Morgenegg» beim Betreibungsamt Ob-Tasna im März 1941 die Betreibungen Nr. 96 und 97 angehoben und in der erstern für einen Teilbetrag, in der zweiten für den ganzen Betrag der Betreibungssumme provisorische Rechtsöffnung erhalten. Ferner hat sie gegen «Charles Morgenegg und Familie Morgenegg» im August 1941 die Retentionsurkunde Nr. 1 aufnehmen lassen und

Seite: 40

gestützt darauf die Betreibung Nr. 272 mit der gleichen Schuldnerbezeichnung eingeleitet.

B. - Auf Beschwerde von «Herrn Charles Morgenegg & Cie» vom 20. August 1941 hat die kantonale Aufsichtsbehörde am 19. September 1941 das Betreibungsamt angewiesen, in den Betreibungen Nr. 96, 97 und 272 eventuellen Fortsetzungsbegehren nur gegen den Schuldner Charles Morgenegg Folge zu leisten. Gründe: Die Kollektivbezeichnung «Familie Morgenegg» sei ungenügend und die angefochtenen Betreibungsvorkehren gegenüber dieser Familie nichtig; soweit aber Charles Morgenegg betreffend, der eindeutig als Schuldner genannt sei, bestehe kein Grund, die Retentionsurkunde und die Zahlungsbefehle nicht als zu Recht bestehend gelten zu lassen.

C. - Mit dem vorliegenden Rekurs beantragt Charles Morgenegg gänzliche Aufhebung der erwähnten Betreibungsvorkehren, also auch ihm gegenüber.

Die Schuldbetreibungs- und Konkurskammer

zieht in Erwägung:

Die Vorinstanz ist mit Recht davon ausgegangen, dass eine Mehrzahl von Schuldnern nicht unter einer Kollektivbezeichnung, wie «Erben X» oder «Familie X» betrieben werden kann - ausgenommen der Fall einer Gesellschaft, die unter gemeinsamer Firma Rechte erwerben und Pflichten eingehen kann -, sondern jeder Schuldner einzeln betrieben werden muss (Kreisschreiben Nr. 16 des Bundesgerichts vom 3. April 1925, BGE 51 III 98). Es handelt sich nicht nur um eine Formalität der Anschreibung; vielmehr ist jedem Schuldner ein besonderer Zahlungsbefehl zuzustellen (Art. 70 Abs. 2 SchKG) und dabei (nach den Ausführungen des Kreisschreibens Nr. 15 der Schuldbetreibungs- und Konkurskammer vom 16. Februar 1906) auch je ein besonderes Gläubigerdoppel anzufertigen. Entsprechendes gilt von der Aufnahme und Zustellung von Arresturkunden (BGE 32 I 604 = Sep.-

Ausg. 9 S. 262) und Retentionsurkunden.

Seite: 141

Darüber hinaus ist dem Rekurrenten entgegen der Auffassung der Vorinstanz darin beizupflichten, dass die in Frage stehenden Vorkehren aufgehoben werden müssen, auch soweit sie ihn selbst betreffen. Allerdings enthalten die vorliegenden Urkunden, der unzulässigen Kollektivbezeichnung der Familie vorgängig, den Namen des Rekurrenten, so dass dieser in Verbindung mit den übrigen Angaben genügend deutlich als Mitschuldner bezeichnet wäre. Allein es fehlt an einer Ausscheidung der auf ihn entfallenden Schuldbeträge. Es ist nicht einmal gesagt, aus wieviel Personen die Familie besteht; übrigens könnte nicht ohne weiteres angenommen werden, die Schuld zerfalle in jeder Betreuung in gleiche Kopfteile, noch ist andererseits in Betreibungsbegehren und Zahlungsbefehlen von solidarischer Verpflichtung die Rede, und solche liesse sich auch nicht vermuten (Art. 143 OR). Bei dieser Unsicherheit über die gegen den Rekurrenten geltend gemachten Forderungsbeträge können weder die Zahlungsbefehle noch die Retentionsurkunde einfach unter Weglassung der «Familie» aufrechtbleiben. Alle diese Vorkehren sind unvollziehbar und daher als nichtig aufzuheben. Dem Gläubiger bleibt überlassen, gegen einzelne oder alle Glieder der Familie Morgenegg neue Betreibungs- und Retentionsbegehren zu stellen, je unter Angabe des Forderungsbetrages. Dem steht nicht entgegen, dass in den Betreibungen Nr. 96 und 97 für gewisse Beträge provisorische Rechtsöffnung erteilt worden ist. Der Rechtsöffnungsentscheid ersetzt freilich für die Fortsetzung der Betreuung den Zahlungsbefehl. Allein die vorliegenden Entscheide lauten gleichfalls auf Charles und Familie Morgenegg ohne Angabe der auf jenen entfallenden Schuldsummen und ohne Feststellung einer solidarischen oder den Rekurrenten speziell treffenden Verpflichtung für den vollen gegen ihn und die Familie geltend gemachten Betrag. Ein derartiger Rechtsöffnungsentscheid ist ebensowenig vollziehbar, wie es der ihm zugrunde liegende Zahlungsbefehl mangels

Seite: 142

Rechtsvorschlag wäre. Das Betreibungsamt muss wissen, für welchen Forderungsbetrag gegenüber dem einzelnen Schuldner eine Pfändung vollzogen werden soll, wie dies andererseits auch für die Aufnahme einer Retentionsurkunde gelten muss.

Demnach erkennt die Schuldbetr.- u. Konkurskammer:

In Gutheissung des Rekurses und Aufhebung des angefochtenen Entscheides werden die Betreibungen Nr. 96, 97 und 272 sowie die Retentionsurkunde Nr. 1 (vom 13. August 1941) aufgehoben